



# Die Eröffnung

der Geschäftsstelle der  
LAGA in Düsseldorf

mit Beiträgen von  
Tayfun Kelttek  
Johannes Rau

Festvortrag von  
Ignatz Bubis

# Inhalt

Vorwort . . . . .	Seite 3
Tayfun Kelttek . . . . .	Seite 4
Johannes Rau . . . . .	Seite 7

Festvortrag Ignatz Bubis . . . . .	Seite 10
---------------------------------------	----------

## LAGA NRW

■ Ziele und Gremien . . . . .	Seite 18
■ Vorstand . . . . .	Seite 21
■ Mitglieder . . . . .	Seite 22

## IMPRESSUM:

### **Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)**

Helmholtzstraße 28, 40215 Düsseldorf

Telefon 0211/99 416-0

Fax 0211/99 416-15

# Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde der LAGA NRW,

vor gut einem Jahr, am 26.10.1996, wurde die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen in Oberhausen gegründet. Die ersten Monate waren geprägt von dem, was man Aufbauarbeit in organisatorischer und personeller Hinsicht nennt. Parallel dazu wurde aber auch die inhaltliche Arbeit aufgenommen.

Dabei hat die LAGA von vielen Seiten Zuspruch und Unterstützung erfahren. Dies gilt für Politik und Verwaltung, Migrantenorganisationen, Behörden und Einzelpersonen, sowie natürlich vor allem die Mitgliedsbeiräte.

Besonderen Ausdruck fand diese Zusammenarbeit, diese Unterstützung durch die Teilnahme an der offiziellen Eröffnung unserer Geschäftsstelle am 10.06.1997.

Die Grußworte von Herrn Ministerpräsidenten Dr. h. c. Johannes Rau und den Festvortrag von Herrn Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, hält der Vorstand der LAGA für so wichtig, daß er sich entschlossen hat, sie in dieser Dokumentation festzuhalten.

In der Hoffnung auf weitere intensive und konstruktive Zusammenarbeit im Sinne der Aufgabenstellung der LAGA, nämlich dem Eintreten für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der im Lande lebenden Migrantinnen und Migranten überreicht Ihnen der Vorstand der LAGA NRW diese Broschüre.

*Tayfun Keltek*  
*Vorsitzender*

# Tayfun Keltek

*Sehr geehrter Herr  
Ministerpräsident Rau,  
meine sehr geehrten Damen  
und Herren Landtagsabgeordnete  
aller Fraktionen,  
meine Damen und Herren aus  
verschiedensten gesellschaftlichen  
Institutionen und Gruppen,  
sehr geehrte Anwesende, die Sie mit  
der LAGA verbunden sind,  
liebe Freunde aus der LAGA selbst,  
sehr geehrter Herr Minister Horst-  
mann, ich heiße Sie alle sehr herzlich  
willkommen.*

Sie, sehr geehrter Herr Minister Horstmann, habe ich mit Absicht am Ende dieser Begrüßung erwähnt, da Ihnen mein persönlicher Dank und der Dank der gesamten LAGA Nordrhein-Westfalen dafür gilt, daß im Oktober vorigen Jahres die einheitliche Landesorganisation der Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen gegründet werden konnte und heute diese Geschäftsstelle eröffnet wird. Ohne Ihr persönliches Engagement und den Einsatz Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wäre dies wahrscheinlich noch nicht der Fall gewesen.

Mein Dank gilt an dieser Stelle auch der Stadt Köln, die es ermöglicht hat, daß eine Vorläufer-Organisation der



LAGA bereits in den vergangenen 10 Jahren durch eine kommissarische Geschäftsführung an der politischen Willensbildung in Nordrhein-Westfalen teilnehmen konnte. Ich freue mich, Ihnen Frau Dr. Christiansen und Herr Schleicher, diesen Dank hier persönlich aussprechen zu können.

Und schließlich gilt mein Dank Herrn Bubis, der heute abend den Festvortrag halten wird, leider aber etwas später kommt und sich für den Moment durch mich entschuldigen läßt.

Die Enge hier bitte ich zu entschuldigen. Wir wollten die Eröffnung in den Räumen der Geschäftsstelle selbst und nicht in einem angemieteten Saal durchführen. Von der Zahl der Zusagen auf unsere Einladung war der Vorstand sehr überrascht. Das bestätigt uns in unserer ehren-

amtlichen Arbeit. Es zeigt, wie wichtig die Belange der Migrantinnen und Migranten hier in Nordrhein-Westfalen genommen werden. Diese Enge hier stellt im übrigen eine gute Übung dar, wollen wir doch alle näher zusammenschließen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, seit ich in Nordrhein-Westfalen, und zwar in Köln, lebe, das sind inzwischen mehr als 26 Jahre, bemühe ich mich, für die Interessen der Migrantinnen und Migranten aktiv zu sein. In dieser Zeit habe ich mit besonderem Interesse und mit besonderer Hochachtung Ihr Wirken als Ministerpräsident, aber auch außerhalb dieser Funktion, verfolgt. Ich möchte ein Motto aufgreifen, das dieses Wirken in besonderer Weise charakterisiert und das auch Antrieb für die Arbeit der LAGA ist. Es lautet „Versöhnen statt Spalten“. In einer Zeit, in der viele es sich leicht machen und gesellschaftliche Konflikte ethnisieren, ist dieser Leitsatz wichtiger denn je.

Die LAGA NRW ist die einzige durch Urwahlen der Migrantinnen und Migranten auf Landesebene legitimierte Organisation in Nordrhein-Westfalen. Fast 100 Ausländerbeiräte gehören ihr an. In den in der LAGA vertretenen Städten leben mehr als zwei Drittel der fast 2 Millionen Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen. Die LAGA NRW tritt

für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der hier lebenden Migrantinnen und Migranten ein. Hierbei will sie mit allen Institutionen und Organisationen zusammenarbeiten, die sich gleichermaßen an diesen Grundsatz gebunden fühlen. Die LAGA will damit einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der zugewanderten und alteingesessenen Menschen Nordrhein-Westfalens in einer von vielen Kulturen geprägten Gesellschaft leisten.

Gestatten Sie mir, einen Schwerpunkt unserer praktischen Arbeit zu erwähnen. Wir sind davon überzeugt, daß das friedliche Zusammenleben langfristig nur funktionieren kann, wenn Menschen gleichberechtigt sind. Auf dem Weg dahin versuchen die Ausländerbeiräte alle vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen. Hier hat die Verankerung der Ausländerbeiräte in der Gemeindeordnung Fortschritte gebracht. Es gilt jedoch in der praktischen Anwendung dieser Vorschriften noch vieles zu verbessern. Hierzu benötigt die LAGA die Unterstützung des Landtages und der Landesregierung.

Unser Ziel ist die politische Gleichstellung, zunächst auf kommunaler Ebene, aller längerfristig hier lebenden Migrantinnen und Migranten mit der deutschen Wohnbevölkerung. Wir wissen, wie schwer die Umset-

zung dieses Zieles auf Grund der gegebenen verfassungsrechtlichen Lage ist. Deshalb haben über 50 unserer Mitgliedsbeiräte auf unsere Anregung hin Einbürgerungskampagnen durchgeführt. Wir wollen niemanden dazu überreden, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Aber wir wollen auf die Möglichkeiten der erleichterten Einbürgerung, wie sie das Ausländergesetz bietet, hinweisen. Das Ergebnis war und ist fast in allen Städten eine Verdoppelung der Antragszahlen. Das beweist den enormen Integrationswillen der Migrantinnen und Migranten. Dieses große Interesse habe ich persönlich während des letzten Jahres auf mindestens 40 Veranstaltungen landesweit erfahren, an denen ich als Referent teilgenommen habe.

Doch diesem Integrationswillen muß die Politik auch Rechnung tragen. Es kann nicht angehen, daß einbürgerungswillige Menschen auf die Einbürgerungszusicherung bis zu 1½ Jahre warten müssen. Bei diesen Menschen entsteht der Eindruck, daß sie von der deutschen Gesellschaft nicht erwünscht sind. Die gesetzlich festgeschriebene erleichterte Einbürgerung muß durch entsprechende vereinfachte Verfahren und den nötigen Personaleinsatz in einem vertretbaren Zeitrahmen durchgeführt werden. Das wäre ein wichtiges gesell-

schaftliches Signal. Hier bitte ich die anwesenden Vertreter des Landtages und der Landesregierung um ihre Initiative.

Ich möchte zum Ende meiner Ausführungen kommen. Mit vielen Institutionen hat unsere LAGA bereits einen regen Informationsaustausch aufgebaut. Aus anderen Bereichen, leider auch aus Landesregierung und Landtag, könnte die Information noch besser sein. Denn politische Mitwirkung ist nur dann möglich, wenn man in die Entscheidungsprozesse frühzeitig eingebunden wird. Aber, ich bin mir sicher, das wird nach dem heutigen Tag besser werden.

Gerne würde ich noch vieles über die inhaltliche Arbeit der LAGA vortragen, doch ich habe ohnehin schon zu lange geredet. Deshalb möchte ich gern das Angebot und den Wunsch des Vorstandes der LAGA an Sie herantragen, mit Ihnen allen in eine enge inhaltliche Zusammenarbeit einzutreten. Wir würden uns über entsprechende Vorschläge für Gesprächstermine sehr freuen. Die Kolleginnen und Kollegen des Vorstandes sowie die Mitarbeiter der Geschäftsstelle stehen Ihnen nachher gerne für Gespräche über die Arbeit der LAGA zur Verfügung.

In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen noch einen schönen Abend und einige angeregte Gespräche.

# Johannes Rau

*Meine sehr verehrten Damen und Herren,*

ich wäre gerne schon vor einem Jahr zur Gründung Ihrer Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte gekommen. Das war unmöglich und deshalb bin ich dankbar, daß ich heute mit einem Grußwort hier sein darf.

Ich würde gern aufgreifen, was Sie, Herr Kelttek angesprochen haben. Es macht ja keinen Sinn, wenn man darüber hinwegblickt, daß wir in der Innenpolitik in Deutschland zur Zeit zwei Blöcke haben, die gegeneinander stehen. Ich gehöre zu denen, die ein Wahlrecht für die lange hier lebenden und das Staatsbürgerrecht für dauernd hier lebende Ausländer wünschen. Ich gehöre zu denjenigen, die eine Ausweitung des Wahlrechts nur auf die EU-Bürger bei den Kommunalwahlen für falsch halten, weil damit die größte Gruppe der hier als Ausländer Lebenden praktisch ausgeschlossen würde. Deshalb bin ich der Meinung, wir brauchen ein Wahlrecht, das allen, die dauerhaft in Deutschland leben, die gleichen politischen Rechte gibt. Diese These habe ich seit vielen Jahren vertreten. Ich muß hinzufügen, ich bin auch schon oft mit ihr gescheitert: Im Bundesrat



wie auch im Bundestag. Für mich ist deshalb das Angebot der Einbürgerung auch ein Ersatz für die bisher nicht mögliche politische Mitwirkung. Daß wir da in den letzten Jahren viele Schwierigkeiten gehabt haben – Stichwort Doppelstaatsbürgerschaft –, wissen Sie alle.

Wir sind in Deutschland eines der wenigen Länder, die die Frage der Staatsbürgerschaft nicht nach dem Ort der Geburt entscheiden. Das ist – auch in der europäischen Kulturgeschichte – ein relativ einmaliger Vorgang. Deshalb sind hier grundsätzliche und gründliche Änderungen notwendig. Da wir aber nicht solange

warten können, bis es diese Änderungen gibt, existieren nach der Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen Ausländerbeiräte. Die nehmen eine beratende Funktion wahr, gehen also bis an die Grenze dessen, was unsere Verfassung und Gesetzgebung zuläßt.

Wir haben zur Zeit etwa 140 dieser Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen. Davon sind knapp 100 in der LAGA organisiert. Die Ausländerbeiräte finden Gehör. Vielleicht nicht genug und wenn Sie der Meinung sind, wir müssen enger und stärker zusammenarbeiten, dann bitte sagen Sie uns wo, damit das geschehen kann, damit wir mehr erfahren von dem, was Sie bewegt, damit wir Ihnen deutlicher sagen können, wo unsere Hoffnungen, Befürchtungen, Erwartungen und gelegentlich auch Sorgen liegen. Es gibt solche Sorgen und es wäre falsch, wenn ich sie nicht anspräche. Es gibt die Sorge, daß gelegentlich Probleme des Heimatlandes bei uns strittig ausgetragen werden. Es gibt Probleme, das wissen wir aus vielen Diskussionen, was die Akzeptanz von Gruppen angeht, die aus anderen Ländern und Völkern kommen, und die in einem Prozeß erst Zustimmungsmöglichkeiten suchen und finden müssen. Denken Sie an die Diskussion in Duisburg über die Muezzinrufe. Diese Thema ist nicht erst

ein Jahr alt. Ähnliche gerichtliche Auseinandersetzungen gab es auch um Kirchenglocken.

Wie kann ein pluralistischer Staat, in dem die Mehrheit der Menschen sich einer bestimmten Religion und Konfession zugehörig fühlt, Akzeptanz für Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft und Sehnsüchte schaffen? Diese Frage ist ungelöst. Wahrscheinlich ist sie auch nicht mit nur einen Schritt lösbar. Es ist wohl ein Prozeß, den wir zu durchlaufen haben. Dabei wird uns der Eindruck, daß das Ziel noch nicht erreicht ist, kontinuierlich begleiten ähnlich wie beim Griff nach dem Horizont, wo die Hand immer zu kurz ist, um den Horizont erreichen zu können. Die Ausländerbeiräte sind in vielen Städten und Gemeinden hoch willkommen und akzeptiert. In anderen haben sie noch Akzeptanzschwierigkeiten. Wo solche Probleme bestehen, sprechen Sie uns bitte darauf an. Der Innenminister, der Arbeits- und Sozialminister und ich selber stehen zu solchen Gesprächen zur Verfügung und können vielleicht manche Tür auf tun.

Wichtig ist, daß wir die Ziele Wahlrecht und Möglichkeiten zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft nicht aus den Blickfeld verlieren. Meine Erfahrungen stimmen mit Ihren Beobachtungen überein. Die Zahl der Einbürgerungen hat sich in den letz-

ten zwei Jahren verdoppelt. Um so mehr müssen wir darauf achten, daß wir diese Bürger auch von den politischen Parteien her ansprechen, damit sie ihre Wahlmöglichkeit auch nutzen. Um so mehr müssen wir darauf achten, daß keine nationalen oder nationalistischen Listen entstehen, die erneut zur Spaltung führen würden.

Sie waren so freundlich, das Stichwort „Versöhnen statt Spalten“ zu zitieren. Das bedeutet ja nicht, daß man die Soße der Harmonie über die Konflikte der Welt schüttet. Es bedeutet vielmehr, daß man Konflikte benennt und den Konsens sucht. Nach meiner Erfahrung ist das der richtige Weg, politisch zu handeln. Diesen Weg wollen wir hier in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den 2 Millionen, die von den insgesamt hier lebenden 18 Millionen Menschen aus aller Herren Länder zu uns gekommen sind, gehen.

Wir sind Zuwanderungen in Deutschland gewöhnt. Nicht so sehr gewöhnt sind wir das Mit- und Nebeneinander, manchmal auch das Gegeneinander unterschiedlicher Kulturkreise. Wir waren vorher die Einwanderung aus Polen gewöhnt. Mein Amtsvorgänger, Heinz Kühn, hat immer gesagt, wenn Schalke 04 gegen

Kattowitz spielt, brauchen die kein Hotel, die können alle bei Verwandten wohnen, ganz gleichgültig, ob in Kattowitz oder in Gelsenkirchen. Das hat eine lange Geschichte, eine lange und gute Geschichte. Und ich hoffe, daß wir zu ähnlichen Ergebnissen in der vor uns liegenden Zeit kommen.

Ein letztes: Wir dürfen uns nicht vor Rückschlägen fürchten und uns nicht von Rückschlägen in die Resignation treiben lassen. Vor vier Jahren, am 30. Mai, stand ich in Solingen vor dem Haus der Familie Genç, das noch brannte. Damals habe ich gedacht, jetzt höre ich auf, es hat doch keinen Sinn. Wir können die Gewalt, wir können das Unrecht nicht in die Schranken weisen. Es war ein Anflug von Resignation. Ich bin froh, daß ich ihn habe überwinden können. Ich wünsche uns, daß uns allen Erlebnisse und Erfahrungen wie die von Solingen, Mölln und Hoyerswerda erspart bleiben.

Ich wünsche, daß uns auch die Resignation erspart bleibt, die entsteht, wenn man meint, die Schritte, die wir gehen, sind zu klein.

Ich wünsche Ihnen sichere Schritte. Ich wünsche Ihnen einen guten und erfüllten Abend.

# Ignatz Bubis

## FESTVORTRAG

*Sehr geehrter Herr Keltek,  
sehr geehrter Minister Horstmann,  
meine sehr geehrten Damen und  
Herren,*

ich will bei diesem schönen Wetter gleich zur Sache kommen.

Wenn man an Nordrhein-Westfalen, wenn man an das Ruhrgebiet denkt, eine Region, wohin schon seit mehr als hundert Jahren Menschen von außerhalb zugezogen sind, denkt man an die vielen Polen, die um die Jahrhundertwende hierher gekommen sind und heute mit einer Selbstverständlichkeit einen Teil Nordrhein-Westfalens bilden. Man stelle sich einmal die deutsche Nationalmannschaft ohne diese Menschen vor. Man muß es dabei nicht beim Fußball belassen. Man kann auch Bürgermeister und Minister polnischen Namens – der Name Horstmann ist hier freilich eine Ausnahme – in Nordrhein-Westfalen benennen.

Daß Menschen von außerhalb nach Deutschland kommen, war bereits früher eine Selbstverständlichkeit. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß viele Menschen aus Deutschland in alle Welt ausgewandert sind. Nach 1945 sind sehr viele Deutsche nach



Amerika ausgewandert, weil sie entweder an die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands nicht mehr geglaubt haben oder über das vorangegangene Regime verbittert waren.

Deutschland war und ist seit Jahrhunderten ein Zu- und ein Auswanderungsland. Man denke an die Hugenotten, die nach Deutschland gekommen sind und ihre Kultur mitgebracht haben. Wir empfinden diese Kultur, wie auch die polnische im Ruhrgebiet, heute als deutsche Kultur. Dabei haben diese Menschen dies alles von zu Hause mitgebracht. Es kommt also darauf an, wie man mit Kultur umgeht. Hier beginnt das A und O des Zusammenlebens: ob man nebeneinander her lebt oder ob man

bereit ist, miteinander zu leben.

Deshalb halte ich, so muß ich gestehen, vom Begriff „Multikulturelle Gesellschaft“ gar nichts. Man braucht gar nicht so weit zu gehen und an ostfriesische oder bayerische Kultur denken. Selbst die westfälische Kultur unterscheidet sich von der rheinischen Kultur in vielem. Und heute sind eben noch ein paar andere Varianten dazu gekommen. Aber wir müssen wissen, daß Deutschland immer ein multikulturelles Land war, in dem es diese Unterschiede gegeben hat. Da kann ich nur schwer verstehen, wieso den Ostfriesen die bayerische Kultur nicht stören soll, aber die italienische oder türkische. Letztendlich sind wir alle Europäer und, ich sag das in aller Offenheit, eine verschleierte Frau stört mich weniger als ein Südbayer mit behaarten Waden und in Lederhosen. Aber trotzdem lasse ich jedem seine Freude und werde die Krachledernen, sollten sie mal verboten werden, öffentlich verteidigen. Wenn einer diese Krachledernen tragen will, warum nicht? Diese Toleranz ist aber offensichtlich etwas, was wir in der Gesellschaft noch lernen müssen.

In Deutschland wird viel von Ausländerfeindlichkeit geredet. Dieser Begriff scheint mir mehr zu verhüllen als daß er die Phänomene, die er beschreiben soll, erklärt. Eine angesehe-

ne deutsche Zeitung hat vor zwei Jahren geschrieben, daß in einer Stadt zwei Ausländer einen Franzosen überfallen haben. Ich habe kürzlich eine Woche des „Ausländischen Mitbürgers“ eröffnet und habe in meiner Eröffnungsrede damit angefangen, daß ich gesagt habe, daß ich mich freue, daß so viele Schweizer und Österreicher und Dänen und Holländer und Schweden zu dieser Woche des ausländischen Mitbürgers gekommen sind. Ihretwegen hätten wir sie doch eingerichtet.

Wissen wir wirklich genau, was mit „Ausländerfeindlichkeit“ gemeint ist?

Wir sollten das Kind ruhig beim Namen nennen. Dann können wir auch die Sache selbst viel besser angehen. In Deutschland gibt es keine Ausländerfeindlichkeit. Aber es gibt Fremdenfeindlichkeit. Zu den Fremden gehören, je nach Gemütslage, unterschiedliche Personengruppen. Für den einen ist der Fremde der mit der anderen Hautfarbe, für den anderen ist der Fremde der mit der anderen Sprache, für den Dritten ist es der mit der anderen Religion, für den Vierten ist es der Behinderte, für den Fünften, man soll das nicht unterschätzen, ist es die Frau. Sie werden mir wahrscheinlich nicht glauben was ich Ihnen nun erzählen werde. Es ist aber in einem Buch mit dem Titel „Wohin treibt die Republik“, eines gewissen

Reiner Zitelmann, der sich als Historiker und Journalist ausgibt, nachzulesen. Zitelmann hat – damals noch Student – als Maoist/Leninist angefangen. Heute steht er viel weiter rechts als die CSU. Ich weiß gar nicht, ob rechts von ihm noch ein Strich offen ist.

Dieser Herr Zitelmann beschwert sich über verschiedene Politiker. Insbesondere haben es ihm Heiner Geisler, Richard von Weizsäcker und Rita Süßmuth angetan. Diese Politiker, so meint er, hätten sich unter Aufgabe der nationalen Würde zum Ziel gesetzt, sich für Minderheiten und Unterprivilegierte einzusetzen. Schon die Tatsache, daß man sich für Minderheiten und Unterprivilegierte einsetzt, ist bei Zitelmann gleichbedeutend mit der Aufgabe der nationalen Würde. Er gibt auch gleich die Definition, was er unter Minderheiten und Unterprivilegierten versteht: Ausländer, Homosexuelle, Frauen, Kriminelle, Behinderte und Aids-Kranke.

Ich habe die Reihenfolge genau so angegeben, wie sie bei Zitelmann geschrieben steht. Die Frauen zwischen den Homosexuellen und Kriminellen, die Behinderten zwischen den Kriminellen und den Aids-Kranken. Sich für diese Menschen einzusetzen, ist, folgt man Zitelmann, gleichbedeutend mit der Aufgabe der nationalen Würde und auch gegen die Mehrheitsmei-

nung der Gesellschaft, die Zitelmann mit der Meinung der Stammtische gleichsetzt.

Ich kenne einige Stammtische, die sicherlich nicht in einem Atemzug mit diesen Ausführungen genannt werden wollen. Aber für Zitelmann ist offensichtlich der Stammtisch, an dem er verkehrt und wo solche Sprüche herkommen, der Mittelpunkt der Gesellschaft. Gott sei Dank ist dem nicht so und es gibt auch noch andere Stammtische und auch andere Mehrheiten in der Gesellschaft.

Leute wie Zitelmann wollen nicht wahrhaben, daß sie geistige Brandstifter sind. Auf Grund solcher Parolen suchen junge Menschen die zu Gewalt neigen ihre Opfer unter den Schwächsten der Gesellschaft.

In diesem Jahr begehen wir das „Europäische Jahr gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Es wurde von der Europäischen Union proklamiert. Wenn man sich diese Proklamation anschaut, erkennt man, daß die Herrschaften der Europäischen Union diese zwar als Absichtserklärung unterschrieben haben. Es fehlen aber Schritte, die dazu führen, daß in den einzelnen Ländern Erscheinungen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus auch tatsächlich unter Strafe gestellt werden.

Ich bedaure es, daß demokratische Länder wie Dänemark und Großbri-

tannien sich widersetzt haben, diese Erklärung als festen Bestandteil in die Europäische Charta zu integrieren. In England gibt es zum Beispiel einen großen Ausländeranteil aus den früheren Kolonien, und Fremdenfeindlichkeit gegen diese Gruppen ist stark verbreitet. In Dänemark, wo es eigentlich fast keine Fremdenfeindlichkeit und Rassismus gibt, hat man sich mit der Begründung widersetzt, daß eine Demokratie diese Phänomene in Kauf nehmen müsse. Diese Erklärung ist zwar höchst bedauerlich, aber wir müssen sie zur Kenntnis nehmen.

Wir in der Bundesrepublik haben gemessen an den anderen europäischen Ländern eine bessere Gesetzgebung. Aber auch die läßt noch viele Wünsche offen. Das Werfen von Brandsätzen in bewohnte Häuser wurde zeitweise allenfalls als schwerer Hausfriedensbruch gewertet. Dabei schien es nicht zu interessieren, daß der Verlust von Menschenleben durch die Brandstifter bewußt in Kauf genommen wurde. Die Haltung der Justiz hat sich inzwischen erheblich verändert. Auch die Gesellschaft, die Bevölkerung, würde die beschriebene Wertung heute nicht mehr akzeptieren. Nicht zuletzt wegen der vielen Gewalttaten in den Jahren 1993 und 94, wegen Solingen und Rostock, glaube ich, ist ein Rückgang des Wähleranteils der rechtsradikalen Parteien zu verzeichnen.

Ich will keineswegs leugnen, daß es eine kleine Gruppe von Tätern gibt, die tatsächlich zur Gewalt bereit ist und diese Gewalt auch auf brutalste Art und Weise ausübt. Wir haben aber die Handhabe, Menschen, die sich gewalttätig betätigen, hinter Schloß und Riegel zu bringen. Ob das immer mit der nötigen Konsequenz gehandhabt wird, will ich heute nicht im einzelnen erörtern. Sicher könnte das eine oder andere verbessert werden. Dennoch haben wir keinen Grund, uns zu beschweren. Gewalttäter deren Schuld feststeht, werden bei uns ihrer gerechten Strafe zugeführt. Die geistigen Brandstifter sind uns aber leider erhalten geblieben. Hier müssen wir wachsam sein. Es ist unsere Aufgabe, daß solche Menschen niemals die Oberhoheit über die Stammtische bekommen. Gewalttäter wie auch geistige Brandstifter müssen zur Kenntnis nehmen, daß unsere Gesellschaft nicht bereit ist, solche Untaten zu akzeptieren. Wir werden uns jeder Gewalt deutlich widersetzen.

Lassen Sie mich noch etwas über die Gründung der Ausländerbeiräte sagen.

Daß diese Beiräte eingeführt wurden, war ein wichtiger und richtiger Schritt. Sie haben vieles bewirkt! Sie konnten sich in den einzelnen Kommunen für die Mindestrechte von

Ausländern einsetzen. Da ist es nur natürlich, eine übergreifende Arbeitsgemeinschaft zu gründen. So können die lokalen Erfahrungen ausgetauscht und gemeinsame Ziele verwirklicht werden.

Trotzdem muß die Bundesrepublik endlich einsehen, daß es höchste Zeit ist, auch das Staatsbürgerrecht zu verändern. Wir haben in Deutschland immer noch ein Staatsbürgerrecht, das, um es überzogen zu sagen, nach Gnade geht, statt sich aus eigenem Recht zu begründen. Deutschland ist das einzige Land in der Welt, wo ein hier Geborener keinen Rechtsanspruch auf Einbürgerung hat. Wir sollten keine Angst haben, den hier geborenen jungen Menschen bis zum 18. Lebensjahr die Chance zu geben, mit einer doppelten Staatsbürgerschaft zu leben. Mit 18 Jahren können sie sich dann entscheiden, welche Staatsbürgerschaft sie behalten wollen.

Ich habe zwar dafür Verständnis, daß es keine völlig freie doppelte Staatsbürgerschaft geben kann. Aber unsere Gesetze sehen schließlich heute schon die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft vor. Allerdings wird mit dieser Möglichkeit restriktiv umgegangen. Da könnte man schon bei der gegenwärtigen Gesetzeslage sehr viel großzügiger verfahren. Unser Staatsangehörigkeitsrecht stammt aus

dem Jahr 1913. Es ist höchste Zeit, es der Neuzeit anzupassen.

Es ist ein Irrglaube eines Teils der Bevölkerung, daß ein eingebürgerter Grieche ein Grieche und ein eingebürgerter Türke ein Türke bleibt. Zwischen den vor einigen Jahrzehnten eingebürgerten Polen und den Deutschen können wir feststellen, daß sich die Unterschiede im Laufe der Jahre auflösen, wenn erst der erste Schritt getan ist.

Toleranz darf sich nicht darauf beschränken, den anderen bloß zu tolerieren, zu ertragen, zu erdulden. Toleranz sollte heißen, miteinander und nicht nebeneinander zu leben. Die Gefahren eines nicht vorhandenen Miteinanderlebens in einer Gesellschaft belegen auch die fremdenfeindlichen Gewalttaten der neunziger Jahre. Der Ausländeranteil, sprich Fremdenanteil, in Hoyerswerda lag bei 0,4 % der Bevölkerung. In Rostock betrug er gerade 0,75 %. Selbst in Mölln war der Ausländer-, Fremdenanteil nicht höher als 3,7 %.

Ich könnte als Beispiel auch Frankfurt nehmen. Aber dort leben ja die anderen Ausländer, die wir lieben, die wir so in ganz andere Kategorien einstufen. Das sind Banker, weiße Amerikaner, deshalb nehme ich Frankfurt erst gar nicht als Beispiel. Aber lassen sie mich als Beispiel einen Ort wie Dietzenbach nehmen.

Dort wohnen keine Banker. Wenn sie schon außerhalb Frankfurts wohnen, wohnen sie in Königsstein. In Königsstein wohnen aber dafür keine Türken und keine Griechen, deshalb interessiert sich keiner für den Ausländeranteil in Königsstein. Da gibt es diese Statistik nicht.

Aber wenn man einen Ort wie Dietzenbach nimmt, wo eben die andere Gruppe der Fremden lebt und deren Anteil um die 30 % beträgt, bemerkt man, daß in Dietzenbach nie etwas passiert ist.

Oder nehmen wir Rüsselsheim. Da beträgt der Ausländer-, Fremdenanteil 28 %. Nun wissen wir alle, Rüsselsheim ist eine Industriestadt. Opel ist dort der Hauptarbeitgeber. Es gibt aber nicht nur Opel, sondern auch viele andere Industrien. In Rüsselsheim müßte also der Kampf um die Arbeitsplätze besonders hart sein. Trotzdem ist auch in Rüsselsheim nie

etwas passiert, nicht einmal in den schlimmsten Jahren.

Das scheint mir Beweis genug: dort, wo man tatsächlich miteinander lebt, kommt es nicht zu Gewalt. Nur dort klirren die Scheiben, wo man vom Hörensagen etwas einfach aufschnappt und sich daraus seinen Buhmann, seinen Schwarzen Peter selber aufbaut, um an ihm seinen Frust abzulassen.

Eine wichtige Aufgabe bei dieser Förderung des Zusammenlebens haben die Ausländerbeiräte und Ihre Landesarbeitsgemeinschaft. Deshalb wünsche ich Ihnen allen viel Erfolg bei der Bewältigung dieser Aufgabe. Uns allen aber wünsche ich, daß wir lernen, miteinander zu leben. Damit wir in Zukunft nicht mehr von diesen und den anderen sprechen, sondern nur noch von den Bürgern unseres Landes, den Bürgern unseres Staates.

*Dankeschön.*





**LAGA NRW**  
**Landesarbeitsgemeinschaft**  
**der Ausländerbeiräte**  
**Nordrhein-Westfalen**  
Helmholtzstraße 28,  
40215 Düsseldorf

## **Die Ziele:**

Die LAGA NRW ist das demokratisch legitimierte Vertretungsorgan der nach der Gemeindeordnung konstituierten Ausländerbeiräte und damit der in Nordrhein-Westfalen lebenden Migrantinnen und Migranten.

Mit ihrem Zusammenschluß am 26.10.1996 in Oberhausen schufen die Ausländerbeiräte sich eine Form, die ihre Interessen und Anliegen wirkungsvoll aufgreift und dadurch ihre Arbeit vor Ort unterstützt und verbessert. Die Selbstentscheidungskompetenzen der Gemeinden und ihrer Ausländerbeiräte bleiben davon unberührt.

Als einziger aus Urwahlen der Migrantinnen und Migranten hervorgegangener demokratisch legitimer Gesprächspartner des Landtages und der Landesregierung ist die LAGA NRW gleichzeitig zentrales Gremium in der Wahrnehmung der Aufgaben eines Beauftragten für die Angelegenheiten der Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen.

Die LAGA NRW tritt dabei für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der Migrantinnen und Migranten ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Nordrhein-Westfalen haben. Hierbei arbeitet die LAGA NRW mit allen Institutionen und Organisationen zusammen, die sich gleichermaßen diesen Aufgaben verpflichtet fühlen. Die LAGA NRW ist damit keiner Partei, sondern lediglich dem Gemeinwohl verpflichtet. Dadurch leistet sie einen wesentlichen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der zugewanderten und angestammten Menschen des Landes Nordrhein-Westfalen in einer von vielen Kulturen geprägten Gesellschaft (Präambel der Satzung vom 26. Oktober 1996).

## **Die Geschichte**

*Oktober 1986:*

Der Einladung des Kölner Ausländerbeirats zu einem ersten Gespräch folgen Vertreter/innen von 17 Ausländerbeiräten.

*Juli 1992:*

Zwölf Ausländerbeiräte gründen in Essen die Arbeitsgemeinschaft Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen (AGA-NRW).

*Mai 1994:*

Der Landtag verabschiedet eine neue Gemeindeordnung, in der die Einrichtung von Ausländerbeiräten in größeren Gemeinden zur Pflicht wird; kleinere Gemeinden mit weniger als 5.000 ausländischen Einwohnern/ Einwohnerinnen müssen bei Bedarf einen Ausländerbeirat einrichten.

*März 1995:*

In 128 Gemeinden Nordrhein-Westfalens werden gemäß der GO-NW die neuen Ausländerbeiräte gewählt. In der Folge steigt die Zahl der Mitglieder in der AGA-NRW von 25 auf schließlich 55.

*April 1996:*

Auf Vorschlag der AGA-NRW beruft der nordrhein-westfälische Sozialminister die Vertreter und Vertreterinnen von 138 Ausländerbeiräten nach Düsseldorf ein. Ihre Aufgabe ist die Bildung einer Satzungskommission zur Bildung einer einheitlichen Landesorganisation der Ausländerbeiräte. Sechs Mitglieder dieser Kommission stellt die AGA-NRW, ein Mitglied der Ausländerrat Nordrhein Westfalen, sieben Mitglieder stammen aus bis dahin nicht organisierten Ausländerbeiräten.

*Oktober 1996:*

89 Ausländerbeiräte gründen in

Oberhausen die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW)

## **Die Gremien**

### **Mitgliederversammlung**

Sie tagt einmal jährlich und besteht aus den Delegierten der örtlichen Ausländerbeiräte. Jeder Mitgliedsbeirat aus einer Gemeinde mit bis zu 5.000 ausländischen Einwohnern/ Einwohnerinnen entsendet eine/n Delegierte/n.

Die Mitgliedsbeiräte mit einem Hintergrund von 5.000 bis 20.000 ausländischen Einwohnern/ Einwohnerinnen entsenden jeweils zwei Delegierte.

Für jeweils weitere angefangene 20.000 ausländische Einwohner/ Einwohnerinnen gibt es jeweils ein weiteres Delegiertenmandat.

Die einberufenen Delegierten wählen den Vorstand und die Kontrollkommission, entscheiden über Anträge und Mitgliedsbeiträge sowie über Änderungen der Satzung.

### **Hauptausschuß**

Er ist das Verbindungsgremium zwischen Vorstand und Mitgliedern und tagt mindestens viermal jährlich. Er besteht aus je einem/einer Vertreter/

Vertreterin des jeweiligen Mitgliedsbeirates und aus dem Vorstand. Gemeinsam entscheiden sie über den jährlichen Haushaltsplan und die Aufnahme neuer Mitglieder und beraten alle die Geschäftsführung betreffenden Fragen.

### **Vorstand**

Der Vorstand besteht aus 17 Personen, die mindestens vier unterschiedliche Abstammungsländer repräsentieren sollen. Er tritt in der Regel monatlich zusammen. Er ist das eigentliche Arbeits- und Leitungsgremium der LAGA NRW.

### **Geschäftsstelle**

Die Geschäftsstelle ist hauptamtlich besetzt, arbeitet dem Vorstand zu und bereitet die Sitzungen der Gremien der LAGA NRW vor.

### **Kontrollkommission**

Die Kontrollkommission besteht aus

fünf Personen. Sie kontrolliert im Auftrag der Mitgliederversammlung das gesamte Finanz- und Kassenwesen der LAGA NRW.

### **Fachausschüsse**

Auf Beschluß des Hauptausschusses können zur Bearbeitung besonderer Themen Fachausschüsse eingerichtet werden. Ihre Zusammensetzung und Tagungshäufigkeit hängt von der zugewiesenen Aufgabe ab.

### **Förderverein**

Auf Grund der nicht gegebenen Rechtspersönlichkeit der kommunalen Ausländerbeiräte konnte die LAGA NRW nur als nicht-rechtsfähiger Verein organisiert werden. Um diesen Mangel auszugleichen, wurde der Förderverein als eingetragener Verein geschaffen, dem alle Vorstandsmitglieder der LAGA Nordrhein-Westfalen persönlich angehören.

## **Wir stellen vor**

### **Vorstand**

*Vorsitzender* Tayfun Keltek, Köln

*Stellvertretende* Muhammet Balaban, Essen

*Vorsitzende* Alfonso López-García, Siegen  
Jean Makedonopoulos, Gütersloh

*Kassierer:* Enver Şen, Mülheim/Ruhr

*Schriftführer:* Ulrich Dragon, Iserlohn

*Beisitzer/innen:* Fazlı Aktaş, Neukirchen-Vluyn  
Nuray Arık, Ratingen  
Ercan Atay, Hagen  
Gürsel Doğan, Duisburg  
Filippo Giletti, Wetter  
Fulya Önal, Unna  
Safi Özbay, Aachen  
Engin Sakal, Paderborn  
Erkan Taşçi, Moers  
Türkan Yalçinkaya und  
Erkan Zorlu, Troisdorf.

*Kontroll:* Müjdat Akdeniz, Stolberg  
*kommission* Halil Balta, Düsseldorf  
Dr. Hassan Souady, Bonn  
Yunus Ulusoy, Herne  
José Manuel Vallejo-Socias, Bielefeld.

*Geschäftsstelle:* Franz Paszek, Geschäftsführer  
Ali Hakan Sarıbaş, Referent  
Sieglinde Ligon, Sekretärin.

## Die Mitglieder:

*Mitglieder der LAGA-NRW sind Ausländerbeiräte aus folgenden Städten und Gemeinden:*

Aachen, Alfter, Alsdorf, Bad Honnef, Baesweiler, Bergheim, Bergkamen, Bergneustadt, Bielefeld, Blomberg, Bocholt, Bochum, Bönen, Bonn, Bottrop, Brühl, Bünde, Burscheid, Castrop-Rauxel, Datteln, Dinslaken, Dormagen, Dorsten, Dortmund, Düren, Düsseldorf, Duisburg, Eschweiler, Essen, Frechen, Geldern, Grevenbroich, Gütersloh, Gummersbach, Hagen, Hamm, Hattingen, Heiligenhaus, Hemer, Herne, Herten, Herzogenrath, Hilden, Hürth, Iserlohn, Jülich, Kamen, Kamp-Lintfort, Kempen, Kerpen, Köln, Krefeld, Kreuztal, Langenfeld, Leichlingen, Lennestadt, Lippstadt, Lohmar, Lüdenscheid, Lünen, Marl, Menden, Minden, Mönchengladbach, Moers, Mülheim/Ruhr, Nettetal, Neukirchen-Vluyn, Neuss, Niederkassel, Oberhausen, Oelde, Olpe, Paderborn, Radevormwald, Ratingen, Recklinghausen, Rheda-Wiedenbrück, Rheine, Rietberg, Sankt Augustin, Siegburg, Siegen, Soest, Stolberg, Sundern, Troisdorf, Unna, Velbert, Viersen, Voerde, Werl, Wermelskirchen, Wesel, Wetter, Willich, Witten, Würselen.

*(Stand: November 1997)*

- Die LAGA NRW hat somit zur Zeit
- 98 Mitglieder und repräsentiert
- damit einen kommunalen Zusammen-
- schluß für ca. 1,6 Mio. ausländische
- Einwohner/Einwohnerinnen in Nordrhein-Westfalen.

## • Der Kontakt

- Landesarbeitsgemeinschaft
- der Ausländerbeiräte
- Nordrhein-Westfalen
- Helmholtzstraße 28,
- 40215 Düsseldorf

- Telefon: 02 11/9 94 16 0
- Fax: 02 11/9 94 16 15
- Email: LAGA-NRW@t-online.de

**Die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte  
Nordrhein-Westfalen (LAGA NRW) wird mit Mitteln des  
Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW gefördert.**

**LAGA**

Landesarbeitsgemeinschaft  
der Ausländerbeiräte  
Nordrhein-Westfalen  
Helmholtzstraße 28,  
40215 Düsseldorf

Telefon: 02 11/9 94 16 0

Fax: 02 11/9 94 16 15

Email: [LAGA-NRW@t-online.de](mailto:LAGA-NRW@t-online.de)